

(Abgeordneter Krause.)

(A) außerordentlich große Käufe von Braunkohlenfeldern vorgenommen wurden, die vor allen Dingen aus dem Grunde stattfanden, um den neueren technischen Methoden und Fortschritten in der Verwertung der Braunkohle gewissermaßen gerecht zu werden, d. h. Braunkohle im höchsten Maße weiter auszunützen.

Ich gestatte mir nun, auf eine einzige Tatsache aufmerksam zu machen, in welcher Weise der Krieg nach der Richtung Anregungen gegeben und die Wissenschaften gefördert hat, was auch bei der Regierung nicht ohne Einfluß geblieben sein dürfte.

Vor wenigen Tagen erschien in einer größeren deutschen Fachzeitung ein Artikel, worin auf die Verwertung der Abwärme speziell im Königreich Sachsen aufmerksam gemacht wurde. Es wurde da festgestellt, daß im Jahre 1910 nicht weniger als 17 Millionen nach dieser Richtung verloren gegangen sind und daß also bei einer gewissen prozentualen Abrechnung mindestens die Summe von jährlich 11½ Millionen hätte gerettet werden können, weil die zur Verfeuerung vorhandenen Stein- und Braunkohlen in ihrer ganzen Bedeutung nicht genügend, wie schon hier dargelegt worden ist, ausgenutzt werden können. Was aber in dieser Frage hier zutrifft, trifft im besonderen noch viel mehr für die technische Verwertung der Braunkohle zu. Deshalb begrüßen wir es, daß hier vor allen Dingen seitens (B) der Regierung versucht wird und nun zur Durchführung kommt, daß eine derartige Berggasungsanlage und die Gewinnung von Nebenprodukten vorgesehen ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Staat an solchen Fragen niemals vorübergehen darf, sondern wir wissen, daß der Staat, ebensogut wie das Privatkapital, bei dem das Geld in erster Linie eine große Rolle spielt, sehr viel Geld braucht und auch das allgemeine Interesse nicht ganz außer acht lassen kann.

Meine Herren! Vergessen möchten wir auch nicht, zumal von unserem Standpunkte aus, daß durch die Einführung der Gasfeuerung auf dem Herkuleswerke ein großer sanitärer Fortschritt für die Arbeiterschaft mit erreicht wird. Auch von diesem Gesichtspunkte aus begrüßen wir diese Neuerung und freuen uns darüber, daß neben dem allgemeinen Vorteile, wenn wir uns nicht täuschen, auch der Arbeiterschaft ein wesentlicher Vorteil erwächst. Wir werden dem Antrage der Finanzdeputation B zustimmen, und unser Wunsch geht letzten Endes dahin, daß die Hoffnungen, welche die Regierung auf das neue Unternehmen setzt, voll in Erfüllung gehen mögen, daß nicht nur der Staat als Arbeitgeber, sondern auch die Arbeiter mit dem Unternehmen in späteren Jahren zufrieden sein können.

Der Staat ist gewissermaßen über Nacht zum Großindustriellen in der Oberlausitz geworden, und er ist nun

dafür verantwortlich und hat dafür den Beweis zu erbringen, (C) daß er tatsächlich zu wirtschaften versteht, damit er das alte Vorurteil beseitigt, das von privater Seite immer gegenüber dem Staat als Arbeitgeber bestanden hat. Wenn das gelingt, dann glauben wir, daß es die weitere Aufgabe des Staates sein wird, daß überall die bekannten niedrigen Löhne in der Oberlausitz, vor allen Dingen in den dortigen Braunkohlengruben mit dem Eintritt des Staates in die Bergbauindustrie als Großunternehmer beseitigt werden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wittig.

Abgeordneter Wittig: Meine Herren! Nur wenige Worte! Es liegt mir, wie ich vorausschicken will, fern, das Recht der Kritik dem Herrn Kollegen Günther irgendwie streitig zu machen. Es handelt sich im vorliegenden Falle aber darum, ob die Kritik, wie sie insbesondere mit Bezugnahme auf die Vorteile des Pachtvertrages der Herkuleswerke gegenüber der Erwerbung derselben geübt wurde, bei dem Stande der Sache auch tatsächlich gerechtfertigt ist. Das möchte ich bis zu einem gewissen Grade bestreiten; denn wenn der Pachtvertrag, der mit den Herkuleswerken abgeschlossen war, auch noch so günstig gewesen sein mag, so darf man doch nicht ver- (D) gessen, daß es einen großen Unterschied bedeutet, ob man Pächter einer Sache ist, die mitten im Besitztum liegt, also gewissermaßen einen Pfahl im eigenen Fleisch bildet, oder ob man die Sache selbst besitzt. Erst nachdem sich durch den Ankauf des Elektrizitätswerkes Hirschfelde für die Königliche Staatsregierung neue Gesichtspunkte und neue Möglichkeiten für die Verwertung der Kohle ergeben hatten, die die Errichtung von Neuanlagen erforderten, war für die Königliche Staatsregierung meiner Auffassung nach die Notwendigkeit der Erwerbung der Herkulesgrube eingetreten. Die bei einem so wichtigen Unternehmen, wie es hier geplant ist, notwendige Bewegungsfreiheit wäre bei der Pachtung der Herkulesgrube jedenfalls gelähmt, wenn nicht unterbunden gewesen, vielleicht nicht augenblicklich, so doch für die Zukunft. Das wird auch der Herr Kollege Günther zugeben müssen. Gibt man das aber zu, so entfällt nach meinem Dafürhalten auch die Kritik gegenüber der Erwerbung unter Bezugnahme auf den Pachtvertrag.

Daß wir zu einer besseren Ausnutzung der Kohle alle technischen Hilfsmittel und Möglichkeiten in Anspruch nehmen müssen, darüber brauchen wir uns wohl nicht des weiteren auseinanderzusetzen, das ist von allen Vorrednern anerkannt worden. Bahnbrechend in dieser